

Der Umgang der EU mit der Flüchtlingskrise ist zutiefst enttäuschend – Internationale der Öffentlichen Dienste und Europäischer Gewerkschaftsverband für den Öffentlichen Dienst

15. September 2015 – „Wir bringen unsere große Enttäuschung darüber zum Ausdruck, dass es der Europäische Union nicht gelungen ist, für die Flüchtlingskrise in Europa eine humanitäre und dauerhafte Lösung zu finden.“

So kommentierten die Internationale der Öffentlichen Dienste (PSI), ein globaler Gewerkschaftsverband, der weltweit 20 Millionen öffentlich Bedienstete vertritt, und sein Schwesterverband, der Europäische Gewerkschaftsverband für den Öffentlichen Dienst (EGÖD), der in ganz Europa 8 Millionen öffentlich Bedienstete vertritt, das Ergebnis des außerordentlichen Rats der Justiz- und Innenminister der Europäischen Union, der am 14. September in Brüssel tagte.

„Es ist extrem enttäuschend und beunruhigend mitanzusehen, wie sich manche EU-Länder weigern, ihrem Bekenntnis zu den Menschenrechten und ihrer humanitären Verpflichtung nachzukommen und den Flüchtlingen Schutz zu bieten“, sagt Rosa Pavanelli, Generalsekretärin der Internationalen der Öffentlichen Dienste. „Wir haben seit dem Beginn der Flüchtlingskrise die Aufhebung der Dublin-Verordnung gefordert, um sichere Übergänge für die Flüchtlinge zu schaffen und zugleich die unfaire und unpraktikable Lage in den Grenzländern zu entschärfen. Wir drängten auf eine gerechte Verteilung der Flüchtlinge auf alle EU-Länder und die Bereitstellung ausreichender öffentlicher Mittel und geschulter MitarbeiterInnen für die Abwicklung der Asylverfahren und eine adäquate Flüchtlingsbetreuung. Stattdessen ist das Ergebnis der Krisengespräche eine weitere Aufstockung der „Festung Europa“ und die Auslagerung der Verantwortung Europas an Drittländer, indem nun Flüchtlingslager in Afrika und anderswo errichtet werden sollen.“

In den vergangenen zwei Tagen wurden in Deutschland, der Slowakei, Österreich und Ungarn die Grenzkontrollen wiedereingeführt. Laut Berichten in den Medien hat die ungarische Polizei fast 10.000 Menschen verhaftet, die verzweifelt versuchten, die Grenze von Serbien nach Ungarn zu überqueren. Die Armee kommt zum Einsatz und die Grenzen werden mit Stacheldrahtzäunen bewehrt, um die Menschen, die vielen Familien mit Kindern, am Überschreiten zu hindern. „Was die ungarische Regierung tut, ist kriminell. Das, was dort geschieht, ist entsetzlich und für Europa inakzeptabel. Diese Maßnahmen gefährden die europäischen Grundwerte und sie behindern uns, die internationalen Asylrechtsbestimmungen einzuhalten, zu denen wir uns verpflichtet haben“, so Pavanelli.

PSI und EGÖD wandten sich mit einer gemeinsamen Stellungnahme an die politischen Entscheidungsträger in der EU und den Westbalkanländern und riefen zu europäischer Solidarität, Menschenwürde und Geschlossenheit im Umgang mit der Flüchtlingskrise auf (<http://www.world-psi.org/en/make-europe-safe-haven-refugees-now>).

„Bei der Aufnahme der Asylsuchenden und im Zuge der Erstversorgung der Flüchtlinge stehen die öffentlich Bediensteten an vorderster Front. Sie leisten erste medizinische Hilfe, sie organisieren Notunterkünfte und sie stellen soziale Hilfe zur Verfügung“, sagt Pavanelli. „Gemeinsam mit ihnen und der Zivilgesellschaft werden wir unsere Menschlichkeit und unsere Solidarität mit unseren vor Gewalt und Verfolgung flüchtenden Mitmenschen weiterhin unter Beweis stellen.“

„Mit jedem weiteren Tag geraten mehr Menschen in Gefahr“, sagt EGÖD-Generalsekretär Jan Willem Goudriaan. „PSI und EGÖD erwarten vom Ministerrat, dessen nächste Krisensitzung für den 8.-9. Oktober anberaumt ist, entschlossene und energische Maßnahmen. Wir verlangen: Macht Europa zu einem sicheren Zufluchtsort für Flüchtlinge!“